

US-Medien berichten endlich über sabotierte russisch-ukrainische Verhandlungen von 2022

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Max Blumenthal (MB): Heute möchte ich mit etwas beginnen, das meiner Meinung nach – ich möchte nicht sagen, dass es bewiesen ist, denn es kam von der New York Times, und es enthielt viele Auslassungen, wichtige Auslassungen, Auslassungen als eine Form von Propaganda, aber es bestätigte, was Sie seit April 2022 immer und immer wieder gesagt haben. Nämlich, dass ein Friedensabkommen vorlag, was unser gesamtes Verständnis der russischen Invasion oder der militärischen Sonderoperation in der Ukraine in Frage stellt. Es bestand ein Friedensabkommen zwischen der Ukraine und Russland, das vom Westen sabotiert wurde. Und die New York Times hat dies endlich zugegeben. Ich erinnere mich, dass die westlichen Medien lange Zeit, nachdem die ukrainische Zeitung Pravda die Einzelheiten dieses Abkommens und Boris Johnsons Sabotage daran aufgedeckt hatte, dessen Existenz leugneten und den Bericht untergruben. Und jetzt ist es endlich aufgedeckt worden, zu einem, wie ich finde, bedeutsamen Zeitpunkt. Vielleicht können Sie uns erklären, was die New York Times ausgelassen hat?

Aaron Maté (AM): Ja, es ist wichtig, Ihre Arbeit zu betonen, denn die Existenz dieser Gespräche in Istanbul wurde mehr als zwei Jahre lang völlig ignoriert. Die Times nahm kaum zur Kenntnis, dass sich die Ukraine und Russland unmittelbar nach Beginn der russischen Invasion zusammensetzten und in Istanbul beinahe eine Einigung erzielt hätten. Und wenn Sie die Times der letzten zwei Jahre lesen würden, wüssten Sie nichts von den Ereignissen. Manchmal wurde es nur beiläufig erwähnt. Doch nun räumt die Times zum ersten Mal ein, dass es diese Gespräche in Istanbul gab, dass sie einer Einigung sehr nahe kamen und sie war das erste Medium, das die Vertragsentwürfe in vollem Umfang veröffentlichte. Es sind drei Dokumente, die die Times veröffentlicht hat, wobei dies zum ersten Mal in vollem Umfang öffentlich gemacht wurde. Putin hat schon früher mit einer Kopie gewunken, wobei Skeptiker der russischen Behauptung, es habe fast eine Einigung gegeben, meinten: Wenn Putin sagt, es habe eine Einigung gegeben, warum hat er dann die tatsächlichen Vereinbarungen nicht veröffentlicht? Nun, die New York Times hat sie gerade vorgelegt, und zwar in voller Länge. Aus ihnen geht hervor, dass Russland die Ukraine zu einer dauerhaften Neutralität

verpflichtet hat. Kein Beitritt zur NATO oder zu einem anderen Militärblock, was übrigens kein radikales Zugeständnis der Ukraine ist, sondern in der Verfassung der Ukraine verankert ist. Zuvor war es sogar in der Verfassung der Ukraine festgelegt, dauerhaft neutral zu sein, bis zum Maidan-Putsch, der all dies mit Unterstützung der USA rückgängig machte. Als Gegenleistung für die Verpflichtung zur dauerhaften Neutralität würde sich Russland im Grunde auf die Linien vor der Invasion zurückziehen. Der Status der Krim sollte im Wesentlichen in künftigen Gesprächen geklärt werden. Und die Ukraine würde Garantien erhalten, dass sie nicht wieder angegriffen würde. Und wir wissen, was dann geschah. Boris Johnson kam nach Kiew und erklärte Selenskyj, dass wir keine Sicherheitsgarantien geben werden, die die Ukraine für dieses Abkommen bräuchte, da die Ukraine als Zugeständnis für ihre Neutralitätserklärung die Garantie von Staaten, einschließlich Russlands und der USA, erhalten wollte, dass sie im Falle eines erneuten Angriffs zu ihrer Verteidigung kommen würden. Aber Boris Johnson sagte zu Selenskyj, dass wir diese Garantie nicht geben werden und sie stattdessen weiter kämpfen sollten. Und genau das hat die Ukraine getan. Und die Ukraine wurde mit Dutzenden von Milliarden Dollar und zusätzlichen NATO-Waffen und -Finanzierungen belohnt, allerdings um den Preis, dass seitdem unzählige Menschen gestorben sind. Und so räumt die Times zum ersten Mal ein, dass diese Vereinbarung beinahe zustande kam.

Interessanterweise wird nicht erwähnt, dass Boris Johnson nach Kiew gereist ist und Selenskyj zu verstehen gab, dass der Westen sie nicht unterstützen würde, was ein großes Versäumnis ist, denn ukrainische Quellen haben dies mittlerweile bestätigt. Die Times hält sich also weiterhin an die Regierung Biden. Aber sie bestätigen, dass US-Beamte sich gegen diese Geschäfte ausgesprochen haben. In der Times heißt es, dass amerikanische Beamte über die Bedingungen dieses Deals beunruhigt waren und den Ukrainern erklärten, dass dies im Grunde auf eine Kapitulation hinauslaufen würde. In dem Artikel heißt es, dass dies eine einseitige Abrüstung der Ukraine bedeuten würde. Im Grunde hat die Regierung Biden also Selenskyj erneut ihre Ablehnung mitgeteilt. Aber interessant, und ich denke, das ist das Interessanteste, ist neben der Feststellung, dass die Biden-Administration gegen den Frieden war, dass wir jetzt eine brandneue Ausrede von der Ukraine zur Begründung ihres Ausstiegs bekommen. Denn dieser Artikel stammt offensichtlich von ukrainischen Beamten. Sie behaupten, dass Russland in letzter Minute versucht hat, eine Klausel einzufügen, die Russland ein Vetorecht über jede zukünftige Reaktion auf eine mögliche russische Invasion gegeben hätte. Im Grunde genommen stimmt Russland im Rahmen des Abkommens zu, dass es Garantiestaaten für die Ukraine geben wird, d.h. Russland wird die Sicherheit der Ukraine garantieren, ebenso wie die USA. Und die Ukraine behauptet, dass Russland in letzter Minute versuchte, diese Klausel einzufügen, die im Grunde besagt, dass im Falle eines künftigen Angriffs auf die Ukraine alle Garantiestaaten, einschließlich Russlands und der USA, nur in gegenseitigem Einvernehmen reagieren dürfen, wenn sie der Ukraine zu Hilfe kommen wollen. Es gibt also eine Formulierung auf der Grundlage einer von allen Garantienstaaten vereinbarten Entscheidung. Wenn die Ukraine also erneut angegriffen wird und die Garantiegeber um Hilfe bittet, müssen alle zustimmen. Und so sagen ukrainische Beamte jetzt, und viele Leute haben leider ihre Ausrede geglaubt, dass dies Russland im Grunde ein Vetorecht über jede zukünftige Reaktion auf zukünftige russische Aggressionen gegeben

haben könnte. Im Grunde könnte Russland also erneut in die Ukraine einmarschieren, und wenn die Ukraine dann die Garantiestaaten um Hilfe bittet, könnte Russland sagen: Nein, damit sind wir nicht einverstanden, denn das muss auf Gegenseitigkeit beruhen. Also könnte niemand der Ukraine zu Hilfe kommen. Das Problem bei diesem Argument ist jedoch, dass es sich um Artikel fünf handelt, nicht wahr? Da wird diese Klausel erwähnt. Aber Artikel zwei besagt eindeutig, dass jeder Staat, der Vertragspartei ist, einschließlich der Garantiegeber und jedes anderen Staates, der Vertragspartei ist, die Ukraine nicht angreifen darf. Wenn Russland also in die Ukraine einmarschieren würde, würde es bereits gegen das Abkommen verstoßen, das es unterzeichnet hat. Daher ist eine erneute Invasion Russlands in die Ukraine nicht möglich, wodurch Artikel zwei missachtet würde, der besagt, dass man nicht erneut in die Ukraine einmarschieren darf, aber dann behauptet, dass niemand der Ukraine helfen kann, weil dies nach Artikel fünf verboten ist. Das würde keinen Sinn machen. Niemand würde das ernst nehmen. Falls Russland erneut in die Ukraine einmarschiert und dann versucht, sich auf Artikel fünf zu berufen, würden die USA wohl kaum sagen: Gut, Sie haben recht, Entschuldigung, wir werden der Ukraine nicht helfen, da Artikel fünf besagt, dass wir das nicht dürfen, es sei denn, Sie stimmen dem zu, obwohl Russland bereits gegen den Teil verstoßen hat, der eine erneute Invasion verbietet. Es handelt sich also um eine völlig verfälschte Darstellung. Hinzu kommt, dass dies eine brandneue Ausrede ist. Wir hören das zum ersten Mal. Wir haben schon andere Ausreden gehört. Das erste Mal, als wir eine Ausrede von der Ukraine hörten, hieß es, es sei wegen Butscha, wegen der angeblichen russischen Gräueltaten in Butscha. Aber das Problem bei dieser Ausrede ist, selbst wenn man zustimmt, dass Russland an den Vorwürfen in Butscha schuld ist, was meiner Meinung nach noch lange nicht feststeht, denn es gibt eine Menge Gegenbeweise, aber wenn man dies beiseite lässt, selbst wenn Russland an allem in Butscha schuld wäre, kann das kein Grund für die Verweigerung des Abkommens durch die Ukraine gewesen sein, denn sie verhandelten auch nach dem Aufkommen der Butscha-Vorwürfe weiter. Und Selenskyj sagte treffend, dass der Weg, weitere Gräueltaten wie in Butscha zu verhindern, im Frieden bestehe und dass wir deshalb weiter verhandeln müssen. Diese Ausrede ist also nicht stichhaltig. Später kam dann eine neue Ausrede vom obersten ukrainischen Verhandlungsführer, der sagte, der Grund liege in einer Verfassungsänderung, die wir nicht vornehmen könnten. Denn zu diesem Zeitpunkt stand in der Verfassung der Ukraine, dass sie der NATO beitreten wollte. Aber so wie die Ukraine zuvor ihre Verfassung änderte und sagte, sie wolle der NATO beitreten, könnte sie die Verfassung genauso leicht wieder verändern und einen NATO-Beitritt ausschließen. Denn eine dauerhafte Neutralität war in der Verfassung der Ukraine verankert. Und dann erklärte er auch, dass man Russland nicht einfach vertrauen könne. Okay, das ist die andere Ausrede, aber diese völlig neue Ausrede, der Versuch, in letzter Minute eine Klausel einzufügen, die eine künftige Reaktion auf eine russische Aggression gegen die Ukraine verhindert hätte, ergibt einfach keinen Sinn. Aber ich glaube, Russland hat davon gesprochen, dass im Falle eines Konflikts zwischen der Ukraine und einem anderen Land wie Weißrussland, das dem Vertrag nicht beigetreten ist, eine einvernehmliche Reaktion erfolgen sollte, ähnlich wie im UN-Sicherheitsrat. Wenn jemand sein Veto einlegt, reagiert man nicht. Ich glaube also nicht, dass es sich um eine so radikale Forderung handelt. Und unabhängig davon hat es meiner Meinung nach nichts mit dem Versuch Russlands zu tun, seine eigene zukünftige Aggression gegen die Ukraine zu

schützen. Das ergibt einfach keinen Sinn. Die eigentliche Erklärung ist das, was bereits öffentlich bekannt ist. Ukrainische Beamte sagen, dass ihnen vom Westen signalisiert wurde, man werde ihnen im Falle einer Einigung mit Russland keine Sicherheitsgarantien geben. Und Boris Johnson sagte der Ukraine, sie solle weiterkämpfen. Genau das ist passiert, und genau das will die Times weiterhin vertuschen. Aber in diesem Prozess geben sie uns zumindest einige wichtige neue Details.

MB: Genau. Sie räumen zumindest die Existenz dieser Gespräche ein. Und es gibt einen Hinweis darauf, dass die Darstellung natürlich propagandistisch ist und vollständig von der Denkweise dieser westlichen Beamten beeinflusst wird, aber auch, wie alarmiert die USA und die Regierung Biden über die Aussicht auf Frieden waren. Sie haben dies hervorgehoben. Dies ist ein Auszug aus dem Artikel der New York Times. „Amerikanische Beamte waren über die Bedingungen beunruhigt. Bei Treffen mit ihren ukrainischen Amtskollegen erinnerte sich ein hochrangiger Beamter der Regierung Biden: Wir sagten leise: ‚Sie verstehen, dass dies eine einseitige Abrüstung ist, richtig?‘“ Sie haben also die Regierung Selenskyj vor den Verhandlungen gewarnt und das Abkommen in einem falschen Licht erscheinen lassen. Dies ist keine einseitige Abrüstung.

AM: Was sie damit meinen, ist, dass dies die NATO-Rüstung in der Ukraine, die sie in den letzten mehr als acht Jahren durchgeführt haben, aufhalten würde, und zwar die Aussicht auf eine künftige NATO-Bewerbung der Ukraine zur Militarisierung der Ukraine zu nutzen und sie zu einem NATO-Vertreter zu machen. Und genau das hat sie beunruhigt. Genau das dachten sie.

MB: Ganz genau. Dieses Abkommen hätte im Wesentlichen die Westfront des neuen Kalten Krieges beendet. Die Ukraine war die Schlüsselfront in diesem Krieg. Die Ukraine, die den Maidan-Putsch von 2014 in eine antirussische Enklave verwandelt hatte. Das war der springende Punkt. Eine neutrale Ukraine? Ja, das würde Frieden für die Ukraine bedeuten. Es würde ein Ende des ukrainischen Bürgerkriegs bedeuten, der zur Abspaltung von Teilen des Landes geführt hat, nach Tausenden und Abertausenden von Toten und so viel Elend, insbesondere für die russischsprachige, ethnisch russische Bevölkerung im Donbass. Das würde bedeuten, dass die größte zivilisatorische Bedrohung unserer Zeit, die nukleare Bedrohung, stark reduziert wird. Aber es würde auch die Führungskräfte von Lockheed Martin und Raytheon und die Zahlmeister von Victoria Nuland finanziell treffen. Also konnte das nicht passieren. Sie waren alarmiert und mussten das Vorhaben sabotieren. Und so finden wir uns zehntausende Tote später wieder, und ukrainische Männer haben Angst, in Kiew auf die Straße zu gehen, weil sie befürchten, gefangen genommen und von der Militärpolizei entführt zu werden, in einen Transporter verfrachtet und durch den Fleischwolf gedreht zu werden, wie sie es in einem gescheiterten Krieg ohne klares Ziel ausdrücken. Ein Krieg, der sich auch zu einem globalen Konflikt ausweitet. Erörtern Sie.

AM: Und nur um zu bestätigen, dass viele Fortschritte in dieser Idee gemacht wurden, dass Russland in letzter Minute mit dieser Klausel die Gespräche zu sabotieren versuchte, die ihnen ein Veto über jede Reaktion auf ihre zukünftige Aggression gegeben hätte. Ein ukrainischer Verhandlungsführer bestätigte, dass man große Fortschritte gemacht habe und

Putin sich nach Kräften um Frieden bemüht habe. Und die Times zitierte ihn sogar. Er sagte dies bereits im Dezember. Die Times hat einige seiner Äußerungen tatsächlich bestätigt. Nicht seine vollständigen Kommentare, deswegen wollen wir uns seine Ausführungen anhören. Hier spricht Oleksandr Chalyi, ein erfahrener ukrainischer Diplomat. Er gehörte zu der Delegation, die in Istanbul verhandelte. Hören Sie sich an, was er sagt.

Oleksandr Chalyi: Zu diesem Zeitpunkt war ich in der Gruppe der ukrainischen Verhandlungsführer. Wir verhandelten mit der russischen Delegation praktisch zwei Monate lang im März und April über ein mögliches Abkommen zur friedlichen Beilegung des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland. Und wir haben, wie Sie sich erinnern, das so genannte Istanbul Kommuniqué verfasst. Mitte oder Ende April waren wir kurz davor, den Krieg mit einer friedlichen Lösung zu beenden. Aus irgendeinem Grund wurde dies verschoben. Aber meiner Meinung nach, und das ist meine persönliche Meinung, hat Putin eine Woche nach Beginn seiner Aggression am 24. Februar letzten Jahres sehr schnell eingesehen, dass er Fehler gemacht hat, und sich nach Kräften um ein Abkommen mit der Ukraine bemüht. Und das Kommuniqué von Istanbul war seine persönliche Entscheidung, diesen Text zu akzeptieren, der weit von dem ursprünglichen Vorschlag Russlands, dem Ultimatum Russlands, das der ukrainischen Delegation in Minsk gestellt wurde, entfernt war. Es ist uns also gelungen, einen echten Kompromiss zu finden. Putin wollte also wirklich eine friedliche Lösung mit der Ukraine erreichen. Es ist sehr wichtig, sich dies in Erinnerung zu rufen.

AM: Es könnte kaum deutlicher sein. Er sagt, Putin habe das Möglichste getan, um Frieden zu schließen, wir hätten einen echten Kompromiss gefunden, im Grunde sei alles geklärt. Und dann meint er, aus irgendeinem Grund wurde es verschoben. Er sagt uns also nicht, warum die Gespräche gescheitert sind. Aber das ist inzwischen offenkundig. Andere ukrainische Beamte haben die Details ergänzt. Und die Times hat zum ersten Mal einige seiner Äußerungen bestätigt, aber nicht alle. Aber stellen Sie sich vor, dieser Ausschnitt wäre damals, als er herauskam, im Dezember letzten Jahres, auf CNN und in jeder anderen Sendung dem westlichen Publikum vorgespielt worden. Wir haben ihn gezeigt, aber er wurde der Öffentlichkeit vorenthalten, obwohl er nicht deutlicher sein könnte. Das ist die ukrainische Aussage, dass Putin alles in seiner Macht Stehende getan hat, um Frieden zu schließen, und es ist offensichtlich, warum es nicht dazu gekommen ist. Der Westen hat es verhindert.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:
E-Mail: PayPal@acTVism.org

PATREON:
<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:
Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Thank you for reading this transcript. Please don't forget to donate to support our independent and non-profit journalism:

BANKKONTO:
Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:
E-Mail: PayPal@acTVism.org

PATREON:
<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:
Link: [Click here](#)

The acTVism Munich e.V. association is a non-profit organization with legal capacity. The association pursues exclusively and directly non-profit and charitable purposes. Donations from Germany are tax-deductible. If you require a donation receipt, please send us an e-mail to: info@acTVism.org